

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/55. Jahrgang

Februar 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

## Die Tafeln – es wäre besser, man bräuchte sie nicht

„Damit die Armut nicht auffällt“ – das war eine erstaunlich ehrliche Überschrift zu einem Artikel in der Gießener Allgemeinen Zeitung zur Arbeit der Gießener Tafel (<https://www.giessener-allgemeine.de/giessen/damit-die-armut-nicht-auffaellt-92733947.html>).

Laut dem letzten Sozialbericht der Stadt ist ein **Viertel der Gießener Kinder arm** (offiziell heißt das beschönigend *armutsgefährdet*), in manchen Stadtteilen wie der Weststadt bis zu 40%. Die Tafeln versorgen die armen Familien nicht nur mit Nahrungsmitteln, sondern auch mit Schulranzen, Schulmaterialien, Kleidung, Schwimmkursen und vielem anderen, das in bessergestellten Kreisen selbstver-



ständig ist. Ihre Arbeit ist lobenswert – aber es bleibt ein Skandal, dass in einem der reichsten Länder der Welt viele Menschen auf Barmherzigkeit angewiesen sind. **Armut sollte nicht unsichtbar gemacht, sondern abgeschafft werden.**

Der krassen Armut steht obszö-

ner Reichtum einer kleinen Schicht gegenüber. Seit dem Ende der Systemkonkurrenz mit der DDR und den sozialistischen Staaten schafften es alle Regierungen, ob sie sich sozialdemokratisch, christlich oder liberal nannten, den Reichen einen immer größeren Anteil an Einkommen und Vermögen zu sichern. „Natürlich gibt es Klassenkampf, und meine Klasse gewinnt ihn“, ist die

selbstbewusste Aussage des Multimilliardärs Warren Buffett. **Es ist an der Zeit, dass unsere Klasse sich das nicht mehr gefallen lässt und dem Klassenkampf von oben ihren eignen Kampf entgegensetzt.**

Gernot Linhart

Stadtbusse, Verkehrsversuch	S. 2
Kall, mei Drobbe – Kurz und Gießen	S. 3
Bürgergeldsanktionen	S. 4
Massenproteste gegen AfD nicht genug	S. 5
NATO übt den Krieg	S. 6
Termine, Aus 50 Jahren Gießener Echo	S. 8

## Weg mit der Schuldenbremse

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 über die Verwendung der Kreditermächtigung (60 Mrd. Euro) im „Energie- und Klimafonds“ (EKF) führte bei der Bundesregierung zu Panik. Die Kreditermächtigung war ursprünglich zur Bewältigung der Coronapandemie gedacht gewesen. Ihre „zweckfremde“ Übertragung in den

EKF sei verfassungswidrig, so das Gericht. Die Angelegenheit lenkte den Blick auf die gängige Praxis der Schattenhaushalte, welche beschönigend als „Sondervermögen“ bezeichnet werden.

Einen Aufschwung erhielten solche Schattenhaushalte durch die

Fortsetzung auf S. 2

**Für Frieden und Sozialismus!**



Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2009. Immer mehr langfristige schuldenfinanzierte Programme wurden und werden aus den regulären Haushalten in Schattenhaushalte überführt. Das Geld wurde ja gebraucht. Da man keines hatte, musste es über Schulden beschafft werden. Nur offen sagen wollte das politische Personal es nicht. Natürlich hat die Bevölkerung ein objektives Interesse daran, dass die Schuldenbremse entfällt: marode Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Schulen könnten Geld gut gebrauchen. Die Gegenargumente lassen sich auf den Punkt reduzieren: Geld, das ich nicht habe, kann ich nicht ausgeben. Wolfgang Schäuble war von 2009 bis 2017 unter Merkel Finanzminister und ein

vehementen Verfechter der Schuldenbremse. Gleichzeitig war er ein Verfechter der Idee, Kerneuropa als eigenständige imperialistische Konkurrenz zu den USA zu entwickeln. Da taucht die Frage der Schulden wieder auf. Staaten leihen sich Geld über Banken auf den internationalen Finanzmärkten. Diese Märkte werden immer noch von den USA dominiert und der Dollar ist immer noch

die Weltwährung. Schulden machen Staaten erpressbar und sichern indirekt den großen Gläubigern (z. B. US-Investmentbanken) Einfluss auf die Staaten. Wenn ein Staat also in Konkurrenz zu den USA treten will, dann ist eine zu große Abhängigkeit von den Finanzmärkten unpraktisch.

Henning Mächerle



**„Armer Mann und reicher Mann standen da und sah´n sich an – und der Arme sagte bleich: Wär´ ich nicht arm – wärst du nicht reich.“**

**Bertolt Brecht**

## Stadtbusse – nicht besser, aber teurer

Die in der Gießener Magistratskoalition vertretenen Parteien Grüne, SPD und Gießener Linke haben in ihren Wahlprogrammen versprochen, den Öffentlichen Nahverkehr zu fördern, um den motorisierten Individualverkehr zu verringern. Die Linken haben sogar für Gießener Bürger einen Nulltarif im städtischen Busnetz gefordert.

Tatsächlich tun sie das Gegenteil. Die im Nahverkehrsentwicklungsplan angekündigten Verbesserun-

gen lassen auf sich warten, aber die sowieso schon zu hohen Preise wurden zum 1. Januar um durchschnittlich 8,2% erhöht. Eine Einzelfahrt, auch auf Kurzstrecken, kostet jetzt 2,75 Euro. Für einen Euro mehr kann man bis nach Wetzlar fahren. Autobesitzer müssen schon sehr idealistisch sein, wenn sie für gelegentliche Stadtfahrten die Busse nutzen. Auch Monats- und Wochenkarten werden teurer. Ermäßigungen gibt es für Inhaber des

Gießen-Passes. Die ermäßigten Karten können aber nur in der RMV-Zentrale am Marktplatz erworben werden. Deswegen bilden sich dort immer rund um das Monatsende lange Warteschlangen. **Besonders absurd ist der Preis der Monatskarte für das Stadtnetz. Mit 54,90 Euro ist sie 5,90 Euro teurer als das Deutschlandticket, mit dem man das Bahn- und Busnetz in fast ganz Deutschland nutzen kann.**

Gernot Linhart

## Verkehrsversuch gescheitert – war´s das?

Der Verkehrsversuch der Koalition ist krachend gescheitert; Gerichtsentscheidungen und starker öffentlicher Druck haben ihn beendet, wobei zurzeit noch eine Strafanzeige gegen Bürgermeister Wright läuft. Auch die DKP hatte sich anfangs für einen Verkehrsversuch ausgesprochen; allerdings konnten wir nicht die dilettantische Umsetzung unter der Federführung des starken Mannes der Koalition, BM Wright, voraussehen. Zeit also, eine Diskussion über eine neue Verkehrspolitik zu beginnen. Ziel muss sein, dass alle Verkehrsteilnehmer sich gegenseitig akzeptieren und dass generell die Gießener Innenstadt zukünftig autoarm wird.

Schon in früheren Wahlprogram-

men der DKP aus den 80er Jahren haben wir eine autoarme Innenstadt gefordert. Passiert ist in all den Jahren nichts, obwohl gerade die Grünen in vielen Jahren Regierungsverantwortung hatten. Möglichste Schritte wären:

- Autoverkehr raus aus der Innenstadt; nur Anwohner, Lieferdienste und Besucher z. B. von Arztpraxen fahren in die Innenstadt.
- Parkplätze wie Johannesstraße schließen; der sog. Lehrerparkplatz der Max Weber Schule soll als solcher auch betrieben werden.
- Am Anlagenring befinden sich jede Menge Parkhäuser mit tausenden Parkplätzen; ein sinnvolles Leitsystem lenkt den Park-

suchverkehr.

- Parkplatz Messeplatz sollte gebührenfrei werden; hier können Besucher der Innenstadt parken und sind in fünf Minuten am Wochenmarkt. Gleichzeitig müsste der Messeplatz an das Bussystem angeschlossen werden. Das käme auch den Besuchern des Schwimmbades zugute.
  - Der gesamte öffentliche Nahverkehr wird kostenlos angeboten.
  - Für Radfahrer sind Querungen durch die Innenstadt zu schaffen; am besten farblich markiert.
  - Erweiterung der Fußgängerzone auf das Gebiet der Schulstraße/Neuen Bäume und *Dönerdreieck*.
- Das sind nur einige Ideen. Wer setzt sie um?

Helmut Appel

# Kurz und Gießen

Kall,  
mei Drobbe!



## Wer bestimmt die Stadtpolitik?

Antwort: 19 Grüne. So viele waren laut Presse bei der letzten Hauptversammlung der Grünen Partei anwesend, die G. Weigel-Greilich für weitere sechs Jahre als Stadträtin nominierte. Die als Durchpeitscherin der Landesgartenschau mit Rechenschwäche bekannte Dezernentin hat nicht nur den Niedergang des Jugendamtes auf dem Gewissen, sondern hat auch

die Wohnungspolitik den Immobilienhaien fast schrankenlos überlassen.

Originalton aus dem Gießener Anzeiger: „Ich habe eine Krankheit, bin jedoch nicht krank!“

Es ist seit Jahrzehnten in Gießen bekannt, dass die Grünen gegenüber den mitregierenden Parteien die bestimmende Macht in der Stadtregierung darstellen.

## Segen von oben oder Dachschaden

Beim Neujahrsempfang der Stadt saß der CDU-Bundestagsabgeordnete Helge Braun im Nassen, wie die Gießener Presse schrieb. Der erklärte Befürworter der Beschaffung von Kampfdrohnen war tropfenden Angriffen von oben ausgeliefert. Ob wieder mal die Dachkonstruktion des Rathauses, oder aber Kondenswasser Ursache war, ist nicht gewiss. Jedenfalls ist Tropfwasser gesünder als Kampfdrohnen.

Bereits 2021 berichtete die Presse von einem „Dachschaden in Millionenhöhe“ – 12 Jahre nach dem Bau.

## Verantwortungsloses Chaos

Wettervorhersage: Eisregen und Schnee in Gießen. Und was machen die Stadtwerke? DICHT. Kein Bus fuhr an diesem Tag bis 14 Uhr, obwohl die Busstrecken mit höchster Priorität frei geräumt wurden, wie die Stadtsprecherin betonte. Statt die Schüler von der Schulpflicht zu befreien und

den Eltern Handlungsmöglichkeiten zu geben, entzogen sich das Gießener Schulamt und die Stadt ihrer Verantwortung. Jede Schule sollte einzeln entscheiden.

Wer zur Arbeit oder Schule musste, war auf den Pkw angewiesen.

## Gießener Wahrheit: Bechern oder Wrighten

Eine gute Absicht werbe- und wählerwirksam zu veröffentlichen und dann jeden Grund zu nutzen, um diese zu verhindern oder zu verzögern, nennt man bundesweit „Scholzen“. Das erinnert an den abgebrochenen Verkehrsversuch

in Gießen. OB Becher, Vize Wright und ihre Parteien hatten nicht einmal den Mut, das negative Verwaltungsgerichtsurteil anzufechten, bzw. politisch eine fahrradfreundlichere Stadt offensiv zu verteidigen. Es ist als hätten sie auf einen

gerichtlichen Dämpfer nur gelaert. Da „Bechern“ etwas durchaus Positives beschreibt, müssen wir in Gießen mit dem Begriff „Wrighten“ auskommen.

## Geschichtsverein erinnert an Ria Deeg

Der Oberhessische Geschichtsverein hat in seinen Mitteilungen für das Jahr 2022 den Text „Ria Deeg. Ein Beitrag zum kulturellen Gedächtnis der Stadt Gießen“ veröffentlicht. Ria Deeg war Gießener Kommunistin und Widerstandskämpferin gegen den Faschismus (\* 2. Oktober 1907 in Dutenhofen, Landkreis Wetzlar; † 13. August 2000 in Gießen). Der Text enthält vor allem ein Gutachten, das die damalige Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz am Ende ihrer Amtszeit in Auftrag gegeben hatte, um einen Antrag zur Errichtung einer Stele für



Ria Deeg zu begründen. Verfasst wurde das Gutachten von Dr. Ulrike Krauthaim unter Mitarbeit von Heinrich Brinkmann, Christiane Schmidt und Hans-Walter Schmidt. Es ist weitgehend objektiv und zeichnet ein positives Bild von Ria.

Dass die Gießener Grünen im

Stadtparlament trotz dieser Begründung die Ehrung von Ria Deeg ablehnten, ist nur mit verbohrtem Antikommunismus zu erklären. Dass ihre Koalitionspartner von der Gießener Linken diese Ablehnung kritiklos hingenommen haben, ist unentschuldig.

Die „Mitteilungen 2022“ können für 15 Euro beim Stadtarchiv im Rathaus erworben werden. Auf der Homepage des Oberhessischen Geschichtsvereins ([www.ohg-giessen.de](http://www.ohg-giessen.de)) sind sie ebenfalls zu finden.

# Bürgergeldsanktionen – Regierung begeht Verfassungsbruch

Obwohl das Bundesverfassungsgericht erst vor wenigen Jahren die hundertprozentige Kürzung des Arbeitslosengeldes II (genannt Hartz IV, jetzt umbenannt in Bürgergeld) für verfassungswidrig erklärte, will die Bundesregierung jetzt wieder Totalsanktionen einführen.



Nach Aussage des Arbeitsministers Hubertus Heil (SPD) soll das Bürgergeld bei der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit für zwei Monate gestrichen werden, das soll viermal im Jahr möglich sein.

Begründet wird das nicht arbeitsmarktpolitisch, sondern als Sparmaßnahme. 170 Mio. Euro pro Jahr sollen dadurch eingespart werden. Dazu wären jährlich 140.000 Kürzungen nötig, 12.000 pro Monat. Wahrscheinlich bekommen die einzelnen Jobcenter Vorgaben, wie viele Kürzungen sie verhängen müssen. Die Sachbearbeiter werden dann freie Arbeitsplätze nicht den am besten geeigneten Arbeitslosen anbieten, sondern jemanden suchen, der wahrscheinlich einen Grund für eine Ablehnung bietet. Was zumutbar ist, entscheidet der Sachbearbeiter, also kann er Veganern oder Moslems eine Stelle in einer Schweinemast oder einem Schlachthof anbieten – die erste Kürzung hat er geschafft. Er kann auch Alleinerziehenden



den oder Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen einen Arbeitsplatz mit ungünstigen Arbeitszeiten anbieten, schon hat er den nächsten Kandidaten für eine Kürzung. Auch ungünstige Verkehrsverbindungen zwischen Arbeitsplatz und Wohnort kommen häufig vor, Ablehnung und Kürzung werden die Folge sein.

Vor einem Sozialgericht würden alle diese Betroffenen wahrscheinlich Recht bekommen, aber nur eine Minderheit der Menschen traut sich voraussichtlich zu klagen. Wahrscheinlich wird das Bundesverfassungsgericht die neue Regelung für verfassungswidrig erklären – aber das kann Jahre dauern. Den jetzt Sanktionierten wird es nichts mehr nützen. Wer bisher SPD gewählt hat, wird das nach Streichung seines Einkommens wahrscheinlich nie wieder tun. Der weitere Niedergang dieser Partei ist gesichert.

Gernot Linhart

## Faschismus in Argentinien

Die Frage des Faschismus an der Macht – nicht länger nur der Faschismus als Bewegung – steht spätestens seit der Krise des kapitalistischen Systems 2008 erneut auf der Tagesordnung. Um den Faschismus zu verhindern, nutzt keine Moral, sondern nur eine politische Analyse. Der Kommunist Dimitroff lieferte eine treffende Definition des Faschismus an der Macht: "[...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

Ein Lehrstück davon bekommen wir aktuell in Argentinien vorgeführt.

Der Faschist Milei gewann dort in der Stichwahl am 19.11.2023 mit 55,7% die Wahl um das Amt des

Staatspräsidenten. Die kommunistische Partei Argentiniens hat folgende Analyse zu den Ereignissen:

Zum ersten Mal kam ein Faschist durch Wahlen an die Macht. Norberto Galiotti, Mitglied des Zentralkomitees, meint zu Milei: „Milei ist Teil der Rechten, aber er ist der schlimmste Ausdruck davon, der des Faschismus.“ Er hat ein Bündnis mit den reaktionärsten Teilen des Kapitals geschlossen, z. B. mit dem Unternehmer Macri.

Was hat den Erfolg von Milei möglich gemacht? Die Wirtschaftskrise und die Hoffnungslosigkeit haben die Menschen in die Arme Mileis getrieben. Es gab keine wirkliche sozialistische Alternative und der Peronismus hatte abgewirtschaftet.

Mileis Programm ist ein Generalangriff auf die Errungenschaften der argentinischen Arbeiterbewegung. Das Dekret der „Notwendigkeit und Dringlichkeit“ bedeutet den weitgehenden Abbau von sozialen Rechten, wie dem Mieter- und Arbeiterschutz. Es handelt es sich dabei um ein Ermächtigungs- und Notstandsdekret. Dieses soll die Befugnisse des Parlaments zunächst für einen Zeitraum von zwei Jahren umfangreich beschneiden und damit dem Präsidenten weitgehend freie Hand geben. Der Generalstreik am 24.1.2024 mit 1,5 Mio. Streikenden könnte der Beginn des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die drohende Diktatur sein.

Henning Mächerle

# Massenproteste gegen AfD – gut, aber nicht genug



Berichte über ein Treffen von Funktionären der AfD, der CDU und rechtsextremer Organisationen haben zu bisher nicht gekannten Massendemonstrationen geführt. Seit mindestens 2015 ist bekannt, dass die AfD massenhaft Menschen ausweisen will. Neu ist, dass sich zur Vorbereitung solcher Maßnahmen verschiedene Kräfte treffen, die bisher ihre Zusammenarbeit ableugneten.

Der rechtsextreme Vormann der AfD, Höcke, hat schon 2015 auf einer Kundgebung in Magdeburg angedroht, seine Partei werde für die Ausweisung von mehreren Millionen aus Deutschland sorgen. Dabei werde es zu Grausamkeiten kommen, und leider würde man dabei auch einen Teil des „deutschen Volkes“ verlieren. AfD-Funktionäre machen keinen Hehl daraus, dass sie sich, sobald sie es können, an ihren jetzigen Gegnern rächen wollen. In letzter Zeit waren in mehreren Zeitungen Bilder von einer AfD-Veranstaltung zu sehen, bei

der ein großes Plakat auf der Bühne verkündete: "Wir stellen die Machtfrage". Der AfD geht es nicht um eine zeitlich begrenzte Regierungsbeteiligung, sondern um die Machtergreifung. Rechte Schlägertrupps, die Gewaltmaßnahmen absichern, stehen bereit. In Justiz, Polizei und Bundeswehr gibt es Kräfte, auf die sich die Partei verlassen kann.

Jeder, der die AfD wählt oder in ihr mitmacht, ohne selbst rechtsradikal zu sein, jeder, der in einem kommunalen oder Landesparlament gemeinsame Sache mit der AfD macht, müsste wissen, wem er den Weg bereitet.

Zu den Wegbereitern der Rechten gehören auch CDU und die Ampel-Parteien. Vor einigen Jahren waren es nur Pegida-Leute, die „ab-

saufen, absaufen“ brüllten, wenn es um Flüchtlinge auf dem Mittelmeer ging. Inzwischen sehen alle EU-Regierungen dem Ertrinken im Mittelmeer tatenlos zu. Jeder Tote wird als willkommene Abschreckung von potenziellen Migranten gesehen. Private Seenotretter werden behindert oder sogar kriminalisiert. Regierung und rechte Opposition überbieten sich bei Vorschlägen, wie man im Land angekommenen Migranten das Leben möglichst schwer macht. Kanzler Scholz verlangt „Abschiebungen im großen Stil“. Das könnte auch von der AfD kommen. Dabei müsste Scholz wissen, dass jede Abschiebung ein aufwendiger Rechts- und Verwaltungsakt ist. Deportationszüge wird es nicht geben, solange jemand aufpasst, dass Gesetze eingehalten werden.



15.000 demonstrierten am 20.1.2024 in Gießen gegen Rechts

## Das Berliner Kriegskabinett auf Beutezug



Mal ehrlich: Wussten Sie, dass Britannien, obwohl auf Seiten der Sieger, noch im Dezember 2006 Kriegskredite aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs an die USA zurückzahlte? Kriege werden – eine Binsenweisheit – nicht aus heh-

ren idealistischen Gründen geführt, sondern vorrangig aus ökonomischen Interessen. Auch unserem Berliner Kriegskabinett geht es nicht um Freiheit und Demokratie der Ukrainer, sondern um reiche Beute in deren Land: um Zugriff auf immense Bodenschätze, unter anderem Lithium. Übrigens: Deutschland wird derzeit selbst von der Sie-

germacht USA besonders stramm gemolken (als US-Vasall, als Netto-Verlust-Träger der US-Sanktionen, als Nord-Stream-Geschädigter; die bekannten 100 Millionen Euro Tribut pro Jahr zur Finanzierung der hiesigen US-Garnisonen sind Peanuts dagegen). Aber das steht auf einem anderen Blatt.[...]

Aus: UZ vom 26.1.2024

Der ganze Artikel unter:  
<https://www.unsere-zeit.de/das-berliner-kriegskabinett-auf-beutezug-4788092/>

# Die NATO übt den Krieg

Die NATO plant für dieses Jahr ihr größtes Manöver seit Jahrzehnten. Nach den See- und Luftstreitkräften in den vergangenen Jahren sind jetzt die Landstreitkräfte dran. 90.000 Soldaten werden unter dem Decknamen „Entschlossene Verteidigung“ möglichst nahe an Russland den Angriff üben. Parallel dazu werden 13.000 Bundeswehrsoldaten mit der Aktion "Quadriga 2024" im Baltikum ihr Unwesen treiben, auf der Spur des "Unternehmens Barbarossa" von 1941. Den meisten Menschen in den NATO-Ländern ist nicht bewusst, welches militärische Monster dieses Bündnis ist. Mehr als 60% der weltweiten Rüstungsausgaben entfallen auf deren Armeen. Ihre Mitgliedsländer, vor allem die USA, haben über den ganzen Globus verteilt mehr als 600 Stützpunkte. Zum Teil existieren diese gegen den Willen der dortigen Staaten oder auf Inseln, von denen die Einwohner vertrieben wurden. Zu den Stützpunkten gehören Flugplätze und Startrampen für Raketen. Mitglied der NATO sein heißt auch, mögliches Aufmarschgebiet zu sein. Jedes neue Mitglied wird mit Kasernen, Flugplätzen und Raketenstartrampen auf die Teilnahme an Kriegen vorbereitet. Mit den neuen Mitgliedern Finnland und Schweden haben die USA Verträge

zur militärischen Zusammenarbeit, verbunden mit der Stationierung von US-Truppen, vereinbart. Dass man mit Entspannungspolitik den Frieden sicherer machen kann als mit Hochrüstung, wird von keiner Regierung der NATO-Staaten mehr in Erwägung gezogen.

Die Außenpolitik des "Wertewestens" nutzt Spannungen in den Ländern aus, um sog. Farbrevolutionen zu provozieren und durchzuführen. Dabei soll dann jeweils die Regierung durch eine dem "Wertewesten" genehmere ersetzt werden. Diese ständigen Provokationen heizen die Aufrüstungsspirale an und dienen den US-, EU- und NATO-Strategen und deren Medienideologen zur Kriegshetze. Die Aktionen in Kasachstan, Belarus, Tschetschenien und auch der faschistische Putsch in Kiew sind Teile dieser Aggressionsstrategie.

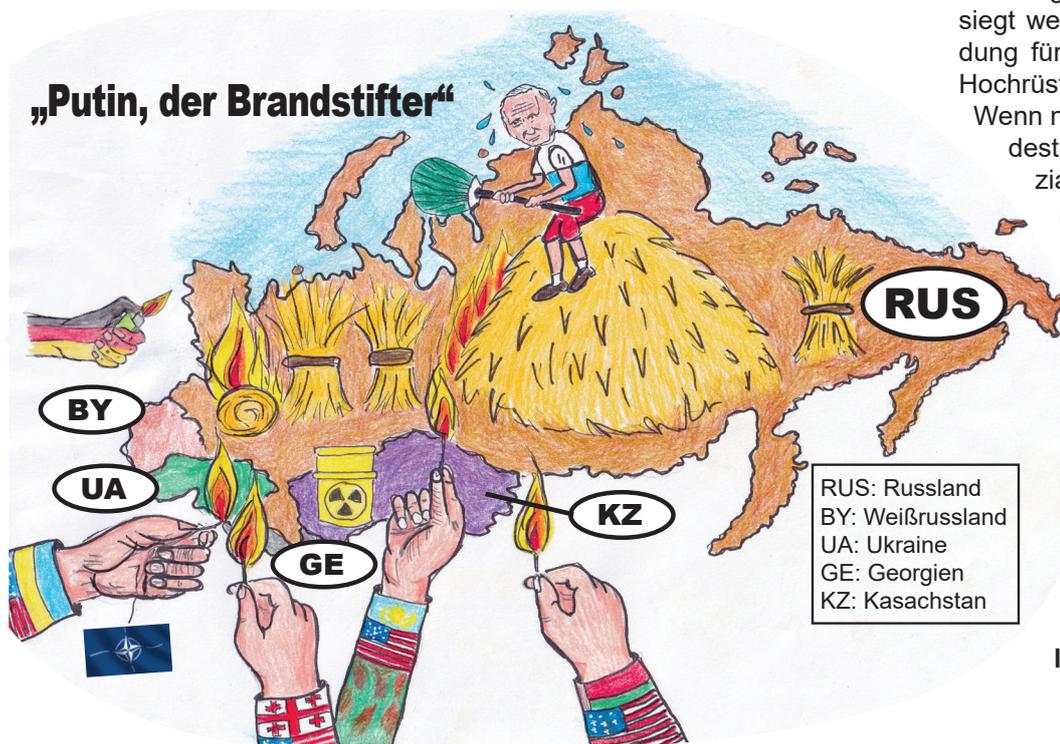
Erstaunlich ist, dass fast niemandem ein offensichtlicher Widerspruch in der Begründung der Hochrüstung auffällt. Vor zwei Jahren haben politische Führer der NATO-Staaten die Regierung der Ukraine dazu gedrängt, ihre aussichtsreichen Friedensverhandlungen



gen mit Russland abzubrechen. Sie versicherten, dem Land genügend Waffen und Geld zur Verfügung zu stellen, um den Krieg gegen Russland zu gewinnen. Sie machten Selenskyi und seine Militärs so siegessicher, dass diese von ihrer Siegesparade auf dem Roten Platz in Moskau träumten, möglichst vor den Ruinen des Kremls. Angeblich wurde in Kiew bereits eine Briefmarke mit diesem Motiv gedruckt. Die gleichen Politiker machen den Menschen in den NATO-Ländern Angst vor „den Russen“. Die russische Armee, die von der Ukraine mit kaum noch 30 Mio. Einwohnern und fast ohne eigene Rüstungsindustrie besiegt werden soll, wird als Begründung für die Notwendigkeit für die Hochrüstung der NATO hingestellt.

Wenn nicht jeder NATO-Staat mindestens 2% seines Bruttonationalprodukts in die Rüstung steckt, wären wir den Russen hilflos ausgeliefert. Das sollen wir glauben.

Die Hunderte Millionen Euro, die für die Rüstung verschwendet werden, fehlen in Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur und vielem anderen. **Entspannungspolitik statt Hochrüstung! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit! Dafür lohnt es sich zu kämpfen.**



Gernot Linhart

# Lasst Luca lehren! – Kundgebung vor dem Landgericht Frankfurt

Am 31. Januar 2024 um 12 Uhr stand der junge, angehende Lehrer Luca erneut vor dem Landgericht Frankfurt am Main.

Der GEW-Kollege war in erster Instanz zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Im Berufungsverfahren droht ihm eine empfindliche Erhöhung der Strafe. Im Wirbel der durch massive Polizeigewalt angegriffenen 1. Mai-Demonstration 2021 in Frankfurt wirft er einen in der Nähe von Schwerverletzten liegenden Rauchtropf aus der Gefahrenzone. Daraus konstruierte die aggressiv auftretende Staatsanwaltschaft den Tatvorwurf des tätlichen Angriffes auf Vollstreckungsbeamte. Polizisten warfen ihm vor, sie verletzt zu haben, was nicht belegbar ist, weil es nicht zutrifft. Die Videosequenz der Polizeikamera zeigte den Ort der Landung nicht und die Polizeibeamten widerspra-

chen sich in ihren Aussagen mehrfach. Gerichtlich musste in erster Instanz festgehalten werden, dass durch Luca weder Beamte verletzt noch dienstunfähig wurden. Das Verfahren gegen ihn stellt einen massiven Angriff auf bestehende Grundrechte dar, welcher nicht neu ist. Berufsverbote haben eine lange Tradition in Deutschland. Vor 50 Jahren wurden massenhaft politisch aktive Lehrkräfte und andere Staatsbedienstete entlassen, nur weil sie sich für eine bessere Welt und eine Alternative zum Status Quo einsetzten. Dem konnte man sich auch damals nur gemeinsam widersetzen – insbesondere heute in Zeiten von Krieg, Krise und rechtem Aufstieg müssen diese Rechte verteidigt werden.

Luca ist beliebt in Schulgemeinde und Kollegium, er stellt keine Gefahr dar, er muss sein Referendariat antreten dürfen!

## Petition

unterzeichnen:

<https://www.change.org/p/luca-muss-lehrer-bleiben-solidarit%C3%A4t-mit-luca-gegen-berufsverbote>



## Spenden an:

Meyers – Gingold Initiative, IBAN: DE45 5505 0120 1200 3299 75, Swift-Bic: MALADE51MNZ

## Monopoli brutalis

Glauben  
an den Mammon  
und Gott danken  
ein krankes Adernetz  
umfasst das Erdenrund  
kleine grüne Scheine  
oder  
das Schwert  
herrschen  
im Tal  
der ausgewanderten Liebe  
wird  
es keine Zukunft  
geben



Werner  
Ortmüller  
Aus dem  
Gedichtband  
„Flammenzeit“

## Leserbrief:

# Wirtschaft warnt vor AfD-Wahlerfolgen

Das neue Jahr beginnt mit den üblichen Warnungen der Wirtschaft. Dieses Mal warnt sie vor Wahlerfolgen der AfD. Nun frage ich mich, wer da gewarnt werden soll.

Vielleicht die Parteien? Auch in diesen Tagen war zu lesen, mit welchem Geldsegen die Parteien auch im letzten Jahr bedacht wurden. Na ja, bis auf die sterbende Linke. Die wollen nichts haben.

Aber sonst ... es ist zu vermuten, dass an solche regelmäßigen Summen auch, nein, keine Forderungen, nur Erwartungen geknüpft werden. Und das schon seit vielen Jahren. Und in all diesen Jahren wurde und wird die AfD immer stärker. Dank der Politik der gepamperten Parteien. Die

treibt leider immer mehr Wähler zu den neuen Rechten. Dass von dort nur Worte und hetzerische Parolen kommen, ist bekannt. Scheinbar genügt das aber, um zu wachsen, und die Gelder für diese staatstragenden Parteien fließen weiter.

Ja, wer soll denn da gewarnt werden? Ein paar Unternehmer scheinen etwas zu ahnen. Der Chef des BDI, Russwurm, sagt: „Das Programm der AfD schadet unserem Land.“ Inwieweit die Politik der letzten Jahre unserem Land geschadet hat, darüber schweigt er. Wie üblich wird Arbeitgeberpräsident Bulger deutlicher. „Wir haben unseren Wohlstand in Deutschland nicht mit Nationalismus aufgebaut“. Aha, es sind die Wähler,

die gewarnt werden sollen. Abgesehen davon, dass der Nationalismus des tausendjährigen Reiches den Konzernen nicht gerade geschadet hat, die Wähler sollen endlich die gute Politik der letzten Jahre honorieren und lieber das für sie kleinere Übel wählen. Denn die wahren Nutznießer sind sie ja wohl nicht.

Immer mehr landen darum im großen Lager der Nichtwähler oder bei den „Sonstigen“. Denn sie halten keine der „Etablierten“ mehr für wählbar. Und deren Spendeneinnahmen fließen weiter. Für irgend jemanden müssen die sehr nützlich sein.

Wolfgang Seibt



## Termine

Fragen oder Anmeldungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**Sa. 3.2. ab 10:30 Uhr:**  
Kundgebung / Infostand DKP GI,  
Kugelbrunnen

**Fr. 9.2. ab 19 Uhr:**  
Stammtisch DKP GI,  
Chamäleon, Reichensand 9

**Di. 13.2. um 18 Uhr:**  
Lesekreis bei Henning

**Do. 15.2. um 18 Uhr:**  
Bildungsabend der DKP,  
Ederstr. 16

**Fr. 16.2. um 19:30 Uhr:**  
Die Krise der westlichen  
Hegemonie mit Jörg Kronauer,  
Journalist,  
Veranstalter: ARAG,  
Ort: Anschlussverwendung

**Mi. 21.2.:**  
Redaktionsschluss März-Echo

**Do. 22.2. um 19 Uhr:**  
Gruppenabend / MV DKP GI,  
Winchester-Zi., Kongresshalle

**Sa. 2.3. ab 10:30 Uhr:**  
Kundgebung / Infostand DKP GI,  
Kugelbrunnen

**Fr. 8.3. um 17:30 Uhr:**  
Internationaler Frauentag,  
Berliner Platz (siehe unten)

**Sa. 24.8.:**  
UZ-Friedensfest in Berlin

**Sa. 31.8. ab 15 Uhr:**  
Sommerfest der DKP Gießen



## Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** kämpften die Gewerkschaften um Tarifierhöhungen von 10 bis 15%. Damit sollte die Inflation (ca. 7%) ausgeglichen und die Beteiligung der Beschäftigten an der Produktivitätssteigerung (jährlich ca. 4%) erreicht werden. Im Öffentlichen Dienst legten die "Arbeitgeber" kein Angebot vor und verwiesen auf die Ölkrise. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post reagierten mit Arbeitsniederlegungen und gingen während der Arbeitszeit in Massen auf die Straße.



Vor **40 Jahren** fanden bundesweite Widerstandstage gegen die Aufstellung von atomaren Mittelstreckenraketen statt. In Gießen gab es Sitzblockaden vor dem Haupteingang des US-Depots. DKP, SDAJ und Marxistischer Studentenbund beteiligten sich mit zwei Gruppen, die den passiven Widerstand vorher trainiert hatten.



Vor **30 Jahren** begann der Niedergang der Eisenbahn. Nach der Zwangsvereinigung der Bundesbahn mit der Reichsbahn der DDR zur Deutschen Bahn wurde diese in eine profitorientierte Aktiengesellschaft umgewandelt. Die AG wurde nicht

mehr von Bahnfachleuten geleitet, sondern von abgehalfterten Politikern und Wirtschaftsmanagern. Seitdem steigern sich vor allem die Unzuverlässigkeit und Unpünktlichkeit sowie die Einkommen der Vorstandsmitglieder.



Vor **20 Jahren** fielen einige Kreisgemeinden auf Betrüger herein. Der Betrieb mehrerer Schwimmbäder wurde einer „Fun Family Pool Gesellschaft“ übertragen, die versprach, die Bäder ohne Kosten für die Gemeinden zu führen. Am Ende der Saison löste sich die Gesellschaft auf, die Gesellschafter verschwanden mit den Jahreseinnahmen. Auf den Kosten blieben die Gemeinden sitzen.



Vor **10 Jahren** rief der Stadtschülerrat zu einer Demonstration „Gemeinsam gegen rechts“ auf. Im Lumdatal hatten sich rechtsradikale Jugendliche zusammengerottet, bei einer Jugendwahl im Landkreis kam die NPD auf 10,8%. Die Schulleiter reagierten unterschiedlich, einige stellten die Teilnahme frei, andere drohten damit, die Zeit als „unentschuldigte Fehlstunden“ einzutragen.

Gernot Linhart

**EU-Wahl am 9. Juni 2024**

  
**DKP**  
**wählen**

**Bitte Abogebühren bezahlen!**

**Da die Druckkosten weiter steigen, benötigen wir bitte dringend Spenden, um das Echo weiter in gleicher Qualität und Umfang herstellen zu können.**

## Gießener Echo

**Hrsg.:** Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

**Bezugsgebühren:** 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

**Konto:** IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

**Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.**

**Rückmeldungen + Leserbriefe an:**  
Gießener Echo / DKP Gießen  
Postfach 110340  
35348 Gießen  
oder E-Mail: [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)  
Internet: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)